

**Dr. Martin Neumann (Lausitz)**

- (A) (Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Das weiß man vorher überhaupt nicht, wie viele Abiturienten wir haben!)

Umso wichtiger wäre es in dem Fall für Hochschulen, je nach Bedarf Personal einstellen zu können und nicht benötigte Kapazitäten abzuwickeln. Letztere Alternative stellt im Übrigen ein Problem dar. Werden weniger populäre Universitäten nicht mehr so stark frequentiert, dann müssten dort Stellen abgebaut werden.

Aus Zeitgründen möchte ich nur ganz kurz auf das Bundeshochschulzulassungsgesetz eingehen. Sie fordern damit etwas heraus. Das muss Ihnen bewusst sein. Wir wollen die Autonomie der Hochschulen. Wir sehen das als einen sehr wichtigen Punkt an, weil damit in einem gewissen Sinne Freiheit für Wissenschaft entwickelt werden kann. Diese Forderung, die Sie gestellt haben, werden wir von der FDP nicht mittragen.

Nun noch zu einer Behauptung, die Sie immer wieder anführen, nämlich zum angeblichen Mangel an Masterstudienplätzen an deutschen Hochschulen. Ich will es an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen. Wir haben in Deutschland keinen Mangel an Masterstudienplätzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Da sind Sie aber falsch informiert!)

90 Prozent der Bachelorabsolventen 2009, die ein Masterstudium aufgenommen haben, gaben an, sowohl ihr Wunschfach als auch einen Platz an ihrer Wunschhochschule bekommen zu haben.

- (B) (Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Drei Viertel aller Masterstudiengänge sind nicht mit einem Numerus clausus belegt. Selbst bei den örtlich zulassungsbeschränkten Fächern blieben nach Ende des Nachrückverfahrens

(Ulla Burchardt [SPD]: Sonstige Zulassungsbeschränkungen sind in der Statistik gar nicht erfasst!)

– Frau Burchardt, hören Sie doch erst einmal zu – fast 20 Prozent der Plätze frei. Wie erklären Sie das?

(Ulla Burchardt [SPD]: Durch die Zulassungsregeln!)

Nicht alle Bachelorabsolventen – an dieser Stelle komme ich auf den Sinn von Bologna zu sprechen; das dürfen wir nicht vergessen – streben einen Masterabschluss an. Dies anzunehmen beweist wieder einmal Ihr völlig falsches Verständnis des neuen Studiensystems.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Das sagt keiner!)

Sie verdrehen den Sinn des Bologna-Prozesses.

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Mit Absicht!)

Ich stelle gerade fest, dass die Zeit etwas knapp wird. Ich habe noch eine Minute.

Nein, eben nicht. Aber für eine schöne Schlussformel reicht es allemal.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

(C)

**Dr. Martin Neumann (Lausitz) (FDP):**

Die Opposition schafft Studienbeiträge ab, spart kategorisch am falschen Ende und wirft uns dann vor, wir würden die Studierenden im Stich lassen.

Ich weiß, das wollen Sie nicht hören, aber ich sage es noch einmal ganz deutlich an dieser Stelle: Knapp die Hälfte aller Deutschen hält Studienbeiträge für ein probates Mittel zur Studienfinanzierung. Mit einem durchdachten System dahinter können gute und auch sozialverträgliche Erfolge erzielt werden.

(Beifall bei der FDP – Ulla Burchardt [SPD]: Deshalb sind Sie in Nordrhein-Westfalen abgewählt worden!)

Zum Abschluss noch ein Zitat von Herrn Brecht, der einst so treffend schrieb:

Wer A sagt, muß nicht B sagen. Er kann auch erkennen, daß A falsch war.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann erkennen Sie es endlich!)

In diesem Sinne lege ich Ihnen nahe, Ihre Haltung zu den eben genannten Punkten noch einmal zu überdenken und sie in ein nicht so ganz weltfremdes Licht zu rücken.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(D)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort erhält nun die Kollegin Monika Grütters für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Monika Grütters (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Für Sie und nicht zuletzt die jungen und anderen Zuhörer oben auf den Tribünen möchte ich noch einmal sagen: 40 Jahre BAföG sind eigentlich ein freudiger und guter Anlass für eine Plenardebatte.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das sehen wir alle gemeinsam so; auch das ist bemerkenswert. – BAföG ist immerhin eines der weltweit erfolgreichsten Studienfördermodelle, um das wir von vielen anderen Ländern beneidet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist richtig, dass die Opposition und wir die Gunst der Stunde nutzen, um noch einmal über das leidige Thema Hochschulzulassung zu diskutieren. Frau Burchardt hat natürlich recht: Die Situation ist zum Verzweifeln; auch das eint uns leider. Wir haben im Plenum – das letzte Mal, glaube ich, im Frühjahr – und immer

Monika Grütters

- (A) wieder in den Ausschüssen, inklusive Anhörungen, darüber sprechen müssen: Der Bund hat jenseits aller Zuständigkeiten mit seiner Unterstützung in Form der Anfinanzierung in Höhe von 15 Millionen Euro – um die wir ringen mussten; aber diese Maßnahme war sicher richtig – seinerseits das Notwendige getan, um die Situation für die Studierenden maßgeblich zu verbessern: mit der Möglichkeit, maximal 12 Studienwünsche anzugeben, und durch die Möglichkeit der Kombination von Fach und Studienort die Suche wesentlich zu erleichtern. Es geht immerhin um nicht weniger als eine Entscheidung für den künftigen Lebensweg. Insofern ist das keine Kleinigkeit, sondern ein zentraler Punkt der Hochschulpolitik.

Aber: Selbst wenn das dialogorientierte Serviceverfahren für die Hochschulzulassung derart stolpert, sollten wir es jetzt noch nicht totreden und nicht infrage stellen.

(Ulla Burchardt [SPD]: Das tut ja keiner!)

Liebe Frau Gohlke, ich glaube, dass selbst die Piraten Softwareprobleme nicht einfach wegbellen können.

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Aber es gibt auch politische Probleme!)

Sie können sich natürlich hier hinstellen und fordern, das Chaos gefälligst mal eben zu beseitigen. Es geht aber schließlich nicht um politische Maßnahmen, sondern um Computerprobleme.

- (B) Die SPD fordert, dass wir eine Taskforce Hochschulzulassung einrichten sollen. Da kann ich nur fragen: Was versprechen Sie sich von einer solchen Bundessteuerung? Die steht uns weder zu, noch wird sie angestrebt, noch könnten wir sie ausfüllen,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

weil die Verantwortung für das Gelingen des neuen Verfahrens formal und materiell bei den Ländern, bei der Stiftung, bei den Hochschulen und bei den Vertragspartnern liegt. Wir sind keine KMK-Domppteure, wir sind auch keine HRK-Feuerwehr.

(Ulla Burchardt [SPD]: Aber Beteiligte!)

Übrigens nimmt der Bund seinen Sitz in dem Gremium natürlich wahr, selbst wenn er nicht stimmberechtigt ist. Es wäre frech, das hier in Abrede zu stellen. Mit Gesetzen lassen sich Softwareprobleme eben nicht lösen;

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

im Übrigen auch nicht durch ein Bundeszulassungsgesetz.

(Ulla Burchardt [SPD]: Das sagt auch keiner!)

Frau Gohlke, in Ihrem Antrag steht noch ein anderer bemerkenswerter Satz, nämlich:

Der Ansatz, dass die Hochschulen selbst die aus ihrer Sicht besten Studieninteressierten auswählen sollen, muss als gescheitert betrachtet werden ...

Darüber kann man sich jetzt lange streiten. Was aber die politische Aussage dabei ist, möchte ich nicht verhehlen.

(Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Die Studierenden in

den Mittelpunkt stellen!)

Ich finde es nämlich unverantwortlich, wenn Sie auf diese Weise vor allen Dingen eines zur Disposition stellen: die Autonomie der Hochschulen. Diese Autonomie gilt bei Ihnen offensichtlich reichlich wenig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Nicole Gohlke [DIE LINKE]: Es geht darum, dass die Studierenden wählen dürfen!)

Sie wäre das erste Opfer einer linken Hochschulpolitik.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir einen Blick in das Hochschulgesetz des soeben abgewählten rot-roten Senats in Berlin. Dieses Gesetz hat immerhin der Präsident der FU beklagt. Die kleinteilige und bürokratische Gängelung könne er nicht mögen. Und der Präsident der Universität der Künste, Martin Rennert – der nicht verdächtig ist, ein Bürgerlicher zu sein –, hat das Gesetz schlichtweg als Misstrauensvotum des Senats gegenüber den Hochschulen bezeichnet.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Anträge von Linkspartei und SPD, die Hochschulzulassung durch ein Bundesgesetz zu regeln, zeigen keine Möglichkeit auf, wie es in dem Bereich bergauf gehen könnte, sondern spiegeln Ihren Wunsch nach Zentralismus und staatsgläubiger, kleinlicher Gängelung wider. Das können wir nicht haben. Die Entmündigung der deutschen Hochschulen wird es jedenfalls mit der christlich-liberalen Koalition nicht geben. Wir glauben nach wie vor, dass die Hochschulen am besten wissen, wie sie bei der Auswahl der Studierenden qualitätsorientiert und sozial ausgewogen agieren.

Zur Forderung der SPD, die Deckelung des Hochschulpakts 2020 aufzuheben und einen „Hochschulpakt Plus“ zu etablieren, möchte ich wissen: Wie sehen das denn Ihre Ministerpräsidenten? Da käme doch eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung nicht zuletzt auf Nordrhein-Westfalen zu. Herr Gehring, Sie wagen sich sogar so weit vor, zu sagen: Wir fordern bis 2015 mindestens 400 000 zusätzliche Studienplätze. Die Zahl von zusätzlich 335 000 Plätzen bis 2015 haben wir ja nicht willkürlich gegriffen. Sie beruhte auf einer Berechnung der KMK.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war eine glatte Fehlprognose! Es sind ja doppelt so viele gekommen wie prognostiziert!)

Wir haben immer gesagt: Wenn es mehr werden, finanzieren wir diese nachlaufend nach zwei Jahren nach; so haben wir das auch im Hinblick auf den Hochschulpakt I gemacht. Ich finde es verwegen, hier irgendwelche Zahlen in den Raum zu stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber man braucht doch realistische Prognosen!)

Ich will Sie nur davor warnen, unsere Zahlen durch eigene Spekulationen zu überbieten. Denn diese Zahlen

(C)

(D)

**Monika Grütters**

(A) sind wahrscheinlich nicht stichhaltig. Das gemeinsam von Bund und Ländern vereinbarte System zur Finanzierung – zwei Jahre nachlaufend, weil dann die Zahlen feststehen – ist doch besser, als neue Zahlen in den Raum zu stellen.

Ich darf Sie daran erinnern, dass diese Regierung den Etat des BMBF um satte 54 Prozent gesteigert hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn wir uns trotz der verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten mit den Ländern auf einen „Hochschulpakt ohne Grenzen“, den die Opposition fordert, einigen würden, glaube ich, dass er möglicherweise die SPD- und Grünengeführten Landesregierungen überfordern würde. Schön wäre es, wenn das Stichwort von dieser Seite gekommen wäre. Aber auch in Berlin, lieber Herr Kollege Schulz, muss man erst einmal um jede Komplementärfinanzierung – so auch bei Exzellenzinitiative und Hochschulpakt – betteln.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Ja, warum ist Berlin denn pleite? Da hat die CDU ja wohl ein paar Aktien drin! – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

– Berlin hat 62 Milliarden Euro Schulden. Das war kein gutes Stichwort, Herr Schulz.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Einen Augenblick! Für die Verlängerung des Berliner Wahlkampfes ist jetzt weder Anlass noch Zeit. Die Kollegin sollte Gelegenheit bekommen, ihre Rede zu Ende zu führen.

**Monika Grütters (CDU/CSU):**

Das stimmt. Ich bringe meine Rede zu Ende. Allerdings sind Schulden in Höhe von 62 Milliarden Euro nach zehn Jahren unter Rot-Rot eine eindeutige Antwort auf Ihre Frage, Herr Schulz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben dem Qualitätspakt für die Lehre zusätzliche 2 Milliarden Euro an Bundesgeldern zugeführt. Wir haben einen Rekordetat für den Bildungsbereich möglich gemacht. Wir verbessern damit die Situation der Studierenden nachhaltig. Wir arbeiten am Erreichen des 10-Prozent-Ziels und an der Weiterentwicklung Deutschlands zu einer Bildungsrepublik. Sie sollten weder die Erhöhung der Bundeszuschüsse zu den Begabtenförderungswerken noch das Deutschlandstipendium schlechtreden.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das ist einfach schlecht!)

Sie sollten auch die BAföG-Erhöhung dieser Regierung nicht schlechtmachen.

Eines haben wir damit doch schließlich gemeinsam erreicht: Noch nie gab es so viele junge studierende Menschen in Deutschland. Noch nie wurden so viele vom Bund und von den Ländern gefördert. Ich finde: Das ist auch gut so.

(Uta Zapf [SPD]: Trotz dieser Regierung!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Kollege Rossmann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Gohlke hat am Anfang ihrer Rede das 40-jährige Jubiläum des BAföG in den Mittelpunkt gestellt. Ich möchte dies gerne aufgreifen: Das BAföG ist wie eine Katze, die einfach nicht kleinzukriegen ist. Es ist richtig stabil und ist immer wieder aufgestanden. Es verdient, auch die nächsten zehn Jahre eine gute Perspektive zu haben. Was sind die Anforderungen dafür?

Die erste Anforderung ist sicherlich – Herr Kaufmann, uns hat es gefreut, dass auch Sie das in den Mittelpunkt gestellt haben –, dass wir zu den Zahlen aus dem Jahre 1971 zurückkommen. Damals wurden 45 Prozent der Schüler und Studierenden durch das BAföG gefördert. Aktuell sind es nur noch 25 Prozent. Selbst wenn wir den Anteil von 45 Prozent so schnell nicht erreichen, sollte es unser gemeinsames Ziel sein, zum 50-jährigen Jubiläum auf 35 Prozent zu kommen. Das wäre schon etwas. Wenn wir gut sind, kommen wir vielleicht auch auf

4 0 P r o z e n t . ( D )

Wir müssen an dem Ansatz festhalten, die Freibeträge hochzusetzen. Auf diese Weise können auch weitere Bevölkerungskreise aus dem Grenzbereich zwischen Nichtgutverdienenden und der Mittelschicht vom BAföG profitieren. Das war schon bei der letzten Debatte unser Anliegen. Sie sind dem noch nicht nachgekommen. Wir freuen uns aber über alle, die dazulernen.

Der zweite Punkt ist, dass wir Ihre Aufmerksamkeit auf etwas richten wollen, das das BAföG damals stark gemacht hat: Es gab auch eine Förderung für Schülerinnen und Schüler, selbst wenn diese noch zu Hause wohnten. Man wollte anhand des BAföG die bildungsfernen Schichten für höhere Studien- und Bildungsperspektiven gewinnen. Diese Schülerförderung müssen wir wieder aufnehmen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE])

Wir müssen das BAföG an die veränderten sozialen Bedingungen anpassen. Damals war es – das ist nicht diskriminierend gemeint – das katholische Arbeitermädchen vom Lande, das man durch die BAföG-Förderung für weiterführende Bildung gewinnen wollte. Heute ist es der eingewanderte Jugendliche aus Duisburg, der vor folgende Frage gestellt wird: Mache ich eine Berufsausbildung und verdiene schnell Geld, oder nehme ich ein Studium in Angriff? Er könnte dann über die Oberstufenfinanzierung seine Schulausbildung weiterführen und danach sogar ein Studium aufnehmen. Vor diesem Hin-

(C)